

2010

Im [REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED] Dienste [REDACTED]

[REDACTED] Ihrer [REDACTED]

[REDACTED]
[REDACTED] Sicherheit [REDACTED]
[REDACTED]

**BIG BROTHER
AWARDS**

BIG BROTHER AWARDS 2010

Im Dienste Ihrer Sicherheit

Ein Projekt von

quintessenz

Verein zur Wiederherstellung der Bürgerrechte im Informationszeitalter

unter der Schirmherrschaft von

Privacy International

Rabenhof Theater

Rabengasse 3, 1030 Wien

Logodesign: Rose

Layout: Joanna Pianka

Druck:

Druckerei Fiona, Wien



BIG
BROTHER
AWARDS



Mit den Big Brother Awards bekommen Überwacher, Datenschnüffler und andere willfähige Räder und Rädchen in der Maschinerie der Überwachung, was sie verdienen: Einen Platz im garstigen Rampenlicht um die Schmähungen von Moderatoren wie auch Publikum hinzunehmen. In Österreich werden seit 1999 jährlich Politiker und Beamte, Firmen und deren Chefs, Spitzel und Datensammler aller Art herausgegriffen. Alle eben, die Menschen überwachen, bevormunden oder mundtot machen wollen.

Der Big Brother Award wird an jene Personen, Institutionen, Behörden und Firmen vergeben, die sich im Feld der Überwachung, Kontrolle und Bevormundung ganz besonders verdient gemacht haben. Die Gewinner bekommen einen Preis und einen Platz in der Hall of Shame, so wie ihre Vorgänger aus den letzten zehn Jahren.

Die Big Brother Awards wurden von Simon Davies [Privacy International] 1998 ins Leben gerufen. Seit der Premiere in London werden sie alljährlich in einer wachsenden Anzahl von Ländern verliehen.



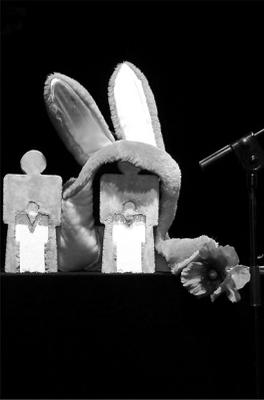
NOMINIERUNGEN & GEWINNER 2010

POLITIK

Christian Felber [Attac]: Weg mit dem Bankgeheimnis

Der Eiertanz im Dreivierteltakt, den die österreichische Politik rund um den [Nicht]Ankauf von illegal kopierten, personenbezogenen Finanzdaten ausländischer Bankinstitute aufführten, war sehenswert. Immerhin stand dabei der Vorwurf staatlicher Hehlerei im Raum. Naturgemäß fand sich eine "österreichische Lösung": Von Josef Pröll [ÖVP] bis zum Grünen Werner Kogler wurde argumentiert, es könne sich ja gar nicht um Hehlerei handeln, da man die Daten zwar bekommen, aber nicht dafür bezahlen wolle. Das sollten getrost die Deutschen tun, die Republik würde die für Österreich interessanten Daten dann im Zuge eines Amtshilfeverfahrens gratis anfordern. Die Schlitzohrigkeit auf den Punkt brachte dazu der Sager: "Politisch- moralische Fragen stelle ich mir dann, wenn ein Angebot vorliegt" - nicht etwa von Karl-Heinz Grasser sondern von Finanzstaatssekretär Andreas Schieder [SPÖ]. Doch auch das war noch zu toppen und zwar durch Christian Felber von Attac. In Zeiten des SWIFT-Finanzdatenskandals und überbordender staatlicher Datensammlungen befand Felber, dass nur der "automatische Informationsaustausch zwischen den nationalen Behörden" das Problem lösen könne. Auch Österreich müsse "endlich das Bankgeheimnis für Aus- und Inländer abschaffen".

Christian Felber auf www.attac.at 03.02.2010: **Steuersünder-CD: Pröll soll auswerten und Bankgeheimnis abschaffen** "... Österreich muss also endlich das Bankgeheimnis abschaffen und beim automatischen Informationsaustausch (EU-Zinsrichtlinie) ohne Extrawürste mitmachen", erklärt Christian Felber von Attac zur Diskussion um den Ankauf der Schweizer Steuersünder-CD."



Josef Pröll [ÖVP]: Transparente Bürger, intransparente Politik

Auch wenn er selbst [Morgenjournal 2.9. 2010] beteuerte, dass “die absolut strengen Grundlagen des Datenschutzes aufrechterhalten” würden - was Josef Pröll da im Namen der “Transparenz” so eingefallen ist, spricht dieser Behauptung Hohn. Da wird eine riesige, zentrale Datenbank errichtet, die bald über jeden Einwohner der Republik ein eigenes Finanzdossier enthalten wird. Alle bisherigen Bemühungen, einen Schutz vor der Zusammenführung völlig unterschiedlicher Lebensbereiche, wie sie etwa die “bereichsspezifische Personenkennzahl” bietet, wird damit zunichte gemacht. Es ist die Sozialversicherungsnummer, die personenbezogene Vorgänge aus dem Familienleben, Alltag, Gesundheit und Beruf verknüpft. Derartige hochintgre, gut gepflegte und stets aktuelle Datensätze, die sämtliche Zahlungen Bürger-Staat und umgekehrt abbilden, aber werden unwiderstehliche Objekte der Begierde korrupter Bürokraten, Erpresser und anderem Gelichter sein. Und so gehen die Parteien vor, wenn es sie selbst betrifft: Wie die Rechnungshofberichte zeigen, wird nur ein Bruchteil der etwa 300 Millionen Euro, die von den Parteien pro Jahr zusammen lukriert werden, dem Rechnungshof gemeldet. Sanktionen bei Fehlinformationen gibt es nicht.



Erwin Pröll [ÖVP]: Klimpern auf dem Sicherheitsgefühlklavier

Wenn es im Populismus geht, dann ist dieser Landesfürst kaum zu übertreffen. Nachdem er im Frühjahr den Wunsch danach geäußert hatte und der von Parteikollegin Maria Fekter so schnell erfüllt wurde, begrüßte Pröll dies als abschreckende Maßnahme, zudem werde das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erhöht. Die ersten Kameras, die eigentlich gar keine sind, sondern Geräte zum Einlesen von Kennzeichen werden fix auf Autobahnen eingerichtet, um ausreisende Autodiebe abzufangen. Die Nummerntafeln werden automatisch mit der Fahndungsliste des EKIS-Systems abgeglichen. Wer über etwas Hausverstand verfügt, weiß erstens, dass alleine die Aufnahme einer Diebstahlsanzeige wenigstens so lange dauert, wie eine Fahrt zur Landesgrenze. Ganz abgesehen davon, dass PKW-Diebstähle in der Regel erst mehrere Stunden nach der Tat vom Eigentümer bemerkt werden. Die p.t. Audtodiebe werden also gebeten, mit der Ausreise wenigstens solange zu warten, bis die Fahndung im EKIS ist. Durch die Entscheidung des Landesfürsten sind sie außerdem dringend dazu angehalten, ihre Methoden grundsätzlich zu ändern, also keinesfalls die Nummerntafeln sofort zu tauschen und prinzipiell nur die Autobahnen zur Ausreise zu benützen.

Josef Ostermayer [SPÖ]:

Nachrichtenbergrenzen und Diskussionsverbote

“Die Berichterstattung darf nicht vertiefend ... sein und kein Nachrichtenarchiv umfassen.” “Gesonderte Überblicksberichterstattung auf Bundesländerebene ist zulässig, jedoch auf bis zu 80 Tagesmeldungen pro Bundesland pro Kalenderwoche zu beschränken.” “Foren dürfen nur mehr sendungsbegleitend geöffnet werden. Für sie ist eine namentliche Registrierung samt Nennung der Wohnadresse notwendig.” Das sind nur einige Passagen aus dem neuen ORF-Gesetz, dass sich die Eigentümer der öffentlich-rechtlichen Anstalt ORF - die Bürger/innen der Republik - nur nach persönlicher Identifikation an Diskussionen auf der öffentlich-rechtlichen Web-Plattform ORF.at beteiligen zu dürfen. Die Diskussionsthemen sind gleichfalls vorgegeben, diskutiert werden darf nämlich nur, was TV- oder Radiosendungen an Themen vorgegeben haben. Dieses in der Geschichte der zweiten Republik einmalige Mediengesetz, das für ein Nachrichtenmedium eine Obergrenze für tägliche Nachrichten festschreibt, wurde unter der Ägide des Staatssekretärs für Medien, Josef Ostermayer anno 2010 erstellt.

BUSINESS UND FINANZEN

Harald Pichler: Spitzelpädagoge der Kärntner Trafikanten

“Es uns nicht ums Geld, es geht um die pädagogische Wirkung” sagte der Obmann der Kärntner “Wohlfahrtsvereinigung der Tabaktrafikanten”, schließlich habe er “den Auftrag, für die Strukturhaltung Sorge zu tragen.” Kern dieser Maßnahmen einer strukturhaltenden Pädagogik ist das systematische und heimliche Abfilmen Kärntner Bürger, wenn diese grenznahe Trafiken mit einem Plastiksack in der Hand verlassen: Es könnten ja zuviele Zigaretten im Sack erl drinnen sein. Für diese verdeckten Filmarbeiten wurde ein Detektivbüro engagiert. Nach den Dreharbeiten wurde eine Lenkererhebung durchgeführt, eine Anwaltskanzlei verschickte an die Abgefilmten ein Schreiben, in dem ein Kostenersatz von 350 Euro für Lenkererhebung, Videoproduktion und das Versenden des besagten Schreibens eingefordert wird. Es ist dieselbe Droh- und Spitzelpädagogik, wie man sie von der Unterhaltungsindustrie her im Internet kennt. Durch solche Maßnahmen sollen alle Grenzanwohner davon abgeschreckt werden, dort einzukaufen, wo sie wollen - und auch dürfen. Die Einfuhr einer Stange Zigaretten pro Person aus dem EU-Mitgliedsstaat Slowenien ist völlig legal, laut ORF Kärnten dürfen sogar bis zu vier Stangen mitgenommen werden, wenn die Packungen Warnhinweise auf Deutsch enthalten.

Gudrun Höfner GF ITworks:

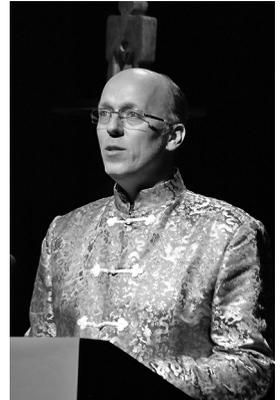
Gemeine Datenabzapfung bei Langzeitarbeitslosen

“Handeln wir mitarbeiterInnenorientiert, gender- und diversitysensibel,” heißt es im “Leitbild” der Firma “itworks Personalservice gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung GmbH”, denn “die Menschen, ihre Bedürfnisse und persönlichen Herausforderungen stehen im Vordergrund”. Danach ist noch von “respektvollem Umgang, Wertschätzung und einem individuellen Betreuungsverhältnis” die Rede - man ahnt es schon: Wer mit sovielen hehren Worten herumschmeißt, hat etwas ganz anderes vor. Die gelebte Realität dieser Firma, die beim Eintreffen des “individuell Betreuten” bereits über seine Daten samt Sozialversicherungsnummer aus dem Arbeitsmarktservice verfügt, sieht anders aus. Die “gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung” bedeutet nämlich “Leiharbeitsfirma”, die Arbeitssuchenden werden - auf freiwilliger Basis - dazu “motiviert” einen umfassenden Fragebogen auszufüllen, zum Zwecke schnellerer Arbeitsvermittlung. Gender- und diversitysensibel wird da abgefragt, ob die bisherigen Beschäftigungen einvernehmlich aufgelöst wurden oder nicht. Dazu kommt eine ganze Latte von Fragen nach persönlichen Problemen, wie es die Arbeitssuchenden mit Drogen, Alkohol, Spielsucht, oder Medikamentenkonsum halten - und nach schon getilgten Vorstrafen wird auch gefragt. Das dies nur der Ausdruck des “respektvollen Umgangs” und der “Wertschätzung” sein sollte, die itworks den solchermaßen Betreuten entgegenbringt, hat sich in den Webforen zum Thema Arbeitslosigkeit noch nicht herumgesprochen. Die Leute haben vielmehr Angst.

Fremdenverkehrs GmbH & CoKG Zell am See:

Datenschutzgesetz? Uns doch egal!

Man darf gespannt sein wo überall Kameras hängen werden, wenn das Hallenbad Zell am See der Fremdenverkehrs GmbH & CoKG, in diesen Wochen neu renoviert eröffnet wird. Wenigstens vor dem





Ausbau war den Betreibern das österreichische Datenschutzgesetz nämlich erklärtermaßen wurst. Mit insgesamt acht Videokameras wurde das Geschehen im Umkleidebereich aufgezeichnet, ohne irgendeinen Hinweis darauf zu geben. Da die Kameras an der Decke angebracht waren, hatten sie zum Teil sogar Einblick in den oberen Bereich der Umkleidekabinen. Diese Kabinen hatte eine Urlauberfamilie aus Deutschland unvorsichtigerweise nicht benützt, da ohnehin sonst niemand im Raum war, zog man sich vor den Kleiderkästchen um. Erst nachträglich bemerkten sie, dass der Deckenbereich mit Kameras gespickt war und sie samt Kindern nackt abgefilmt worden waren. Auf ihre Beschwerde erhielten sie vom Personal eine Antwort folgenden Inhalts: Man wisse zwar, dass ein Hinweis auf die Überwachungskameras vorgeschrieben sei, da das Bad ohnehin bald umgebaut werde, hänge man keine Hinweisschilder auf. Eine Anfrage bei der Datenschutzkommission ergab, dass diese Überwachungsanlage obendrein nicht gemeldet war - offenbar war auch das den Betreibern wurst.

Versicherungsverband Österreich: Perfide Abpressung von Patientendaten

Das nennt man gutes Lobbying, wenn ein Justizministerium einen Gesetzentwurf damit begründet, dass ein paar Konzerne knapp sieben Millionen Euro dadurch einsparen können. Im vorliegenden Fall handelt es sich um die privaten Versicherungsunternehmen, die Einsparungen sollen aus der künftigen elektronischen Übermittlung von Patientendaten an die Versicherer resultieren. Durften private Versicherer bisher nur Diagnose, Art und Dauer der Behandlung von den Gesundheitsdienstleistern für den konkreten Fall abfragen, so können in Zukunft Details aus allen Befunden, OP-Berichten, Auszüge aus den Pflege- und Behandlungsberichten, dem Entlassungsbrief und sogar danach einlangenden Befunden von privaten Versicherungen und Versicherungsmaklern abgefragt werden. Das sind ein paar

hundert Firmen und Einzelunternehmen, die solchermaßen “den Konsumenten regelrecht durchleuchten” können, meint die Arbeiterkammer dazu. Ein weiterer Passus im Gesetzentwurf sorgt perfiderweise dafür, dass die Patienten ihr Einspruchsrecht gegen diese elektronische Datenübermittlung in der Realität kaum wahrnehmen können. Stimmt der Versicherte nämlich nicht zu, dass die Versicherungen seine inneren Organe bis ins Detail nachinspizieren können, dann bezahlen sie nicht direkt. Die Patienten müssen die gesamten Kosten für Spitalsaufenthalt und Operation dann in bar auslegen.

BEHÖRDEN UND VERWALTUNG

Christian Kollmitzer [FH Technikum Wien]:

Ethisch korrekte Forschung für den Polizeistaat der Zukunft

Selbstverständlich halte man sich beim “INDECT”-Projekt an die Vorgaben der europäischen Datenschutzgesetze”, so Christian Kollmitzer, Professor an der FH-Technikum Wien. Der Studiengang “Industrielle Elektronik” des Technikum trägt Algorithmen und Knowhow in Stereofotografie zu einem der umstrittensten, von der EU geförderten Projekte bei. Im Rahmen von INDECT wird ein Verbundsystem aus Videokameras, Datenbanken, spezialisierten Internet-Suchmaschinen, biometrischer Gesichtserkennung, Drohnen und Sensorsystemen für Europas Polizeikräfte entwickelt. De facto ist man dabei, ein militärisches C4-System - eine vernetzte Gefechtsfeldzentrale - für den Einsatz gegen Zivilisten im urbanen Raum zu “erforschen”. Es sei ja nur ein Forschungsprojekt wird von den Verantwortlichen dabei stereotyp erklärt und überdies verfüge INDECT ja über einen “Ethikrat”, der den Beteiligten am Projekt genau auf die Finger schaue und laufend überprüfe, ob Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte auch eingehalten würden. Vorsitzender dieses Ethikrats ist ein Offizier der Polizei Nordirlands, die auch zwei weitere Mitglieder des Ethikrats stellt, dazu kommen der ehemalige Vizepolizeichef Polens und vier Zivilisten, darunter ist auch ein “Ethiker” aus dem Burgenland. Andreas Pongratz ist Geschäftsführer der Pinkafelder Multimediafirma X-Art-Pro, die offenbar drauf und dran ist, ins Geschäft mit der urbanen Rundumüberwachung einzusteigen.

Seine Exzellenz William C. Eacho, Botschafter der USA in Wien:

Wertlose Visa

In Absenz der eigentlich Verantwortlichen, Secretary of the Department of Homeland Security, Janet Napolitano wenden wir uns an den ranghöchsten Vertreter der Vereinigten Staaten in Österreich. Stellvertretend für mehrere andere soll nur dieser Fall herausgegriffen werden. Beim Versuch, am 11. Jänner 2010 mit einem gültigen Arbeitsvisum einzureisen, wurde einem österreichis-

chen Staatsbürger demonstriert, was es bedeutet, auf eine der schwarzen Listen Ihrer Heimatschutzbehörde zu geraten. Thomas Z. wurde erst stundenlang in einem finsternen Raum verhört, alle persönlichen Sachen wurden ihm abgenommen, sein Körper wurde bis in die Öffnungen penibel inspiziert. In Ketten und mit Handschellen gefesselt verbrachte er die Nacht, verschärft durch Nahrungs- und Flüssigkeits- und Schlafentzug. Auch der Kontakt zur Vertretung seines Landes wurde ihm verweigert und nach zwei Tagen wurde er ohne eine Erklärung wieder zurückgeschickt. Das alles widerfuhr dem Mann, während er mit einem gültigen Arbeitsvisum reiste, ausgestellt von Ihrer Botschaft, die vor einem neuerlichen Einreiseversuch nicht einmal garantieren konnte, dass sich dasselbe nicht wiederholt. Aus diesem Anlass stellt sich die Frage: Was, Ihre Exzellenz, Herr Botschafter William C. Eacho, ist ein von der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zu Wien ausgestellt Visum dann eigentlich wert?

Cecilia Malmström, EU-Kommissarin [Inneres] für die Tragikomödie “Zensilia hinter den Stopptaferln”

Zensilia, Zensursulas jüngere Schwester im Geiste, setzt sich vehement für den Schutz missbrauchter Kinder ein. Händeringend wird da beklagt, dass allen Anstrengungen zum Trotz diese gräßlichen Missbrauchsbilder noch immer nicht aus dem WWW verschwunden sind. Dadurch würden die Opfer noch einmal missbraucht, nun müssten Sperren her, auf dass der Spuk ein Ende habe. Und wie Zensursula setzt Zensilia alles daran, einem der dumpfsten Rollenklischees zu entsprechen: Dass nämlich Frauen von Technik nichts verstünden. Als Kommissarin für Inneres müsste Frau Malmström eigentlich wissen, dass ein großer Teil der entdeckten Darstellungen von Kindesmissbrauch nur deshalb nicht sofort verschwindet, weil die ermittelnden Beamten beschlossen haben, diese Bilder eben nicht sofort vom Netz zu nehmen. Man will Interessierte abfischen und informiert ausländische Polizeibehörden deshalb in der Regel mit entsprechender Verspätung. Ebenso könnte die Kommissarin für Inneres zum Beispiel ihre Kollegin Maria Fekter fragen, die weiß nämlich, dass im Jahr insgesamt 1000 Pages netzweit identifiziert werden. Die Sperrbefürworter der britischen Internet Watch Foundation wiederum wissen, dass die Mehrzahl dieser Inhalte Domains wie IP-Adressen binnen Stunden schnell und automatisiert wechselt, weshalb Sperren sinnlos sind. Und was das “Technische” angeht, Expertenwissen bedarf es nicht, um die Stopptaferln zu umgehen. Es langt, die Maus auf den Menüpunkt “Netzwerkeinstellungen” zu schubsen und dort zwei Einträge im Feld “DNS-Service” zu ändern. Und nein, Frau Malmström, sperren kann man diese Felder nicht.

Staatsanwaltschaft Wien:

Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren

Rechtstitel bestand in Österreich zwar keiner, Amtshilfe wurde für die Staatsanwaltschaft München trotzdem geleistet - auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Wien wurden zwei österreichische Journalisten, die für ein österreichisches Medium [profil] arbeiten als "Beschuldigte" zur Einvernahme in das Landeskriminalamt Wien bestellt. Bloßes Zitieren aus den Gerichtsakten eines laufenden Verfahrens ist in Österreich legal und stellt keinen Straftatbestand wie in Deutschland da. Da Ähnliches aus gleichem Anlass drei weiteren österreichischen Journalisten [News, Wirtschaftsblatt] widerfuhr, drängt sich schon der Verdacht auf, dass es sich dabei weniger um juristische Inkompetenz, sondern vielmehr um Methode handelt. Dieselbe Staatsanwaltschaft Wien ist nämlich zeitgleich durch einen eigenwilligen Umgang mit dem Terrorismusparagrafen aufgefallen, wegen zweier Mistkübelbrände wurde über vier Studierende eine mehrwöchige Untersuchungshaft verhängt. Die solchem Ungeist eng verwandte Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt wendet den genannten Paragrafen 278a ("Terroristische Vereinigung") hingegen vorzüglich auf Tierschutzaktivisten an. Was die Verfolgung von Journalisten angeht, so hat es den Niederösterreichern weniger der Printbereich, als vielmehr Video angetan. Gegen einen TV-Dokumentaristen [ORF] und zwei Skinheads wird gleichermaßen wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung ermittelt, Anlaß dafür: Ein Zuruf von Hans Christian Strache [FPÖ]. Die Staatsanwaltschaft reagierte prompt und ordnete die Beschlagnahme des gesamten Drehmaterials an.





KOMMMUNIKATION UND MARKETING

Daniel Goldscheider, [Lottelo]:

Web-2.0-Datensozialporno mit 0900er Nummern
Lottelo war die übliche Start-Up-Masche der Ära Web 2.0, deren Kerngeschäft bekanntlich ist, einen “Gratis”-Service einem “Kunden” anzubieten, der nicht kapiert, dass er bei diesem Deal gar nicht der Kunde, sondern das zu verkaufende Produkt ist. In mittlerweile altgewohnter 2.0-Manier zockte man dem Kunden - erstens - seine persönlichen Daten ab, zum zweiten veranlasste man ihn, die persönlichen Daten von Dritten freizugeben. Motto: “Mach deinen Freund zum Millionär” und zieh ihn in ein SMS-Gewinnspiel mit kostenpflichtigen 0900er-Nummern rein. Dass dabei die vollständige Handynummer des künftigen Millionärsfreunds notdürftig mit “06XX” bedeckt auf Plakaten und im TV gleichsam im Stringtanga daherkam, war der erwünschte Effekt in einem Web-2.0-Datensozialpornografieprogramm mit 0900er Nummern aus Österreich.



Lexmark: Dein Drucker, dein Spion

Wer auf das Angebot der Firma eingeht und sich online registriert, erhält fünf Jahre Garantie auf bestimmte Drucker. Eingegeben werden müssen nur Vor- und Nachname sowie die Seriennummer des Geräts, was insgesamt den erfreulichen Eindruck eines sparsamen Umgangs mit personenbezogenen Daten erweckt. In der Datenschutzerklärung von Lexmark heißt es denn auch zuobererst “Ihre Privatsphäre ist uns wichtig”. Wie all das freilich gemeint ist, offenbart sich erst nach einem Klick auf den unscheinbaren Link “weitere Details”. Hier erfährt man, dass ein Programm namens “Lexmark - Connect” so gut wie alle Informationen, die einen Druckerhersteller so interessieren könnten, erfasst und in die US-Zentrale schickt: Prozessortyp, Betriebssystem, sämtliche MAC-Adressen samt allen angeschlossenen



USB-Geräten des Kunden-PC. Dazu kommen mehr als vierzig verschiedene Datenfelder wie Anzahl und Distribution der Druckaufträge, Zeiten, Zugriffe usw. und natürlich Seriennummer und Füllstand der Tonerkartusche. Daraus lassen sich nicht nur sehr aussagekräftige Profile herstellen, die Daten werden erklärtermaßen mit den Kundendatenbanken der regionalen Lexmark-Einzelhändlern abgeglichen. Laut Datenschutzerklärung, um Lexmark bei "Marketing and Kommunikationsinitiativen zu unterstützen", was übersetzt bedeutet: Durch die Verknüpfung mit Namen und Seriennummer kommen wir an die Adressen, Konto- oder Kreditkartennummern dran. Wie andere "Initiativen" aussehen könnten, ist ein paar Absätze weiter unten versteckt. Die Firma Lexmark, der die Privatsphäre ihrer Kunden so wichtig ist, dass sie möglichst viel darüber wissen will, behält sich vor, diese auch zu folgendem Zweck zu verwenden: "Wenn wir annehmen, dass solches nötig ist, um die Eigentumsrechte von Lexmark zu schützen und zu verteidigen - inklusive der Durchsetzung unserer Vertragsbedingungen". Diese enthalten wie bei allen Druckerherstellern ein Verbot, nachgefüllte Toner oder Druckpatronen zu verwenden.

T-Mobile Austria: Big Brother Netzbetreiber stellt sich dumm

"Wenn Sie unerwünschte Kurznachrichten erhalten haben und Ihnen dafür Gebühren angefallen sind" dann tut das T-Mobile zwar leid, man hat aber "leider keinen Einfluss darauf, ob und an wen diese SMS versendet werden", da dies von Drittfirmen geschehe." Für uns ist nicht nachvollziehbar ob/wie ... und wann dieser Mehrwert-Dienst angemeldet bzw. bestellt wurde – dies kann nur der Dienstanbieter." T-Mobile weiß also nichts, hat keinen Einfluss und kann nicht nachvollziehen, was im eigenen proprietären T-Mobile-Netz geschieht - wie gut, dass wenigstens das Billing klaglos funktioniert. Monate nach den ersten Beschwerden über massenhaft versandte, betrügerische Mehrwert-SMS, die pro Stück mit fünf Euro [!] verbucht wurden, kassierte der Mobilnetzbetreiber immer noch dabei mit, anstatt die Betrüger aus dem Netz zu werfen, oder die Mehrwertdienste sofort zu deaktivieren. Eine Reaktion erfolgte erst, wenn ein Kunde den Betrug bemerkt und sich beschwert hatte. Und dann hatte man seitens des Netzbetreibers noch die Stirn, das als "kulant" zu bezeichnen: "Im Sinne der Kundenzufriedenheit haben wir uns dazu entschlossen aus Kulanz die Gebühren der verrechneten Mehrwertdienste zu übernehmen." Das ist Big Brother Netzbetreiber, der sich dumm stellt, solange das Inkasso funktioniert. Er kann sich darauf verlassen, dass der Kunde ohnehin keine Chance hat, die tatsächlichen Vorgänge im proprietären Netz von T-Mobile auch nur im Ansatz nachzuvollziehen.



Apple: Das iPhone als Bewegungssensor

Der Weg in die Panoptikumsgesellschaft ist bekanntlich mit coolen Gadgets gepflastert und mit "Convenience" asphaltiert: Wie praktisch, dass man immer exakt weiß, wo man sich gerade befindet und dieses neue iPhone ist halt ein gar so cooles Teil. Bei einer Anhörung vor dem US-Kongress hat Apple aktuell Folgendes angegeben: Die iPhones schicken ihre GPS-Daten an Apple und übermitteln außerdem die Signalstärken von Mobilfunkmasten und WLAN-Hotspots samt deren MAC-Adressen routinemäßig in eine Apple-Datenbank. Damit lassen sich iPhone-Benutzer auch dort exakt lokalisieren, wo die GPS-Satelliten nicht hineinsehen können, nämlich in enge Häuserschluchten und Gebäude. Wie immer, wenn es etwas zu verbergen gibt, wird betont, was alles nicht gespeichert wird. So werden laut Apple weder die über WLAN-Netze ausgetauschten Daten mitgeschrieben - was sinnlos wäre, da die verschlüsselt sind - noch werde der WLAN-Netzwerkname [SSID] gespeichert. Den braucht man nämlich nicht, zumal die ohnehin abgegriffene Mac-Adresse des jeweiligen WLAN-Accesspoints ein weit exakteres Identifikationsmerkmal ist. Abschalten lässt sich diese Spionagetätigkeit nur, indem man sämtliche Lokalisierungsfunktionen deaktiviert und aus dem schlaunen iPhone ein orientierungsloser Ziegel wird.



**BIG BROTHER
AWARDS**



DIE JURY DER BIG BROTHER AWARDS 2010

Peter Purgathofer

ao. Univ. Prof., TU Wien, Institut für Gestaltungs- und Wirkungsforschung

Daniel Erlacher

Musiker, Aktivist und Organisorator des Grazer Elevate-Festivals

Barbara Mayerl

Ressortleiterin Info-Tech & Telekom beim Magazin Format

Peter Franck

Erster Vorsitzender des Chaos Computer Club e.V. (CCC) und Datenretter

Birke Schönknecht

Rechtsanwältin, Hummer Schönknecht Rechtsanwälte, 1010 Wien

Roland Gratzner

Journalist mit den Schwerpunkten Kunst, Politik und IT, freier Theatermacher

Karin Kosina

Mitbegründerin des Metalabs (offener Raum für technisch-kreative Projekte)

Reinhold Knoll

Univ.Prof. für Soziologie an der Universität Wien



Impressum

Big Brother Awards Austria
c/o Verein quintessenz
Museumsplatz 1/ Museumsquartier
A-1070 W i e n

Spenden an

Verein quintessenz
Kto.Nr. 01755-0534-00
Bank Austria
BLZ 12000

www.BigBrotherAwards.at